

# BLICKPUNKT PLENUM

19. bis 21. Juni 2018

Informationen der **SPD**-Nordhessenrunde  
im Hessischen Landtag



## Bezahlbaren, familien- und altersgerechten Wohnraum schaffen

CDU-geführte Landesregierungen haben in den letzten Jahren die Privatisierung hessischer Wohnungsbaugesellschaften vorangetrieben und damit den Mangel an preiswerten Wohnungen verschärft. Die Landesregierung muss endlich eigene Anstrengungen unternehmen, um bezahlbaren, familien- und altersgerechten Wohnraum zu schaffen! Wir brauchen mehr echte Fördermittel und nicht nur die Aufstockung zinsgünstiger Darlehen. Deshalb hat die SPD-Fraktion eine Änderung zum Regierungsgesetz eingebracht, die auch Tilgungen für die Kommunen vorsieht, denn diese Maßnahme wurde in der Anhörung von den Kommunen und öffentlichen Unternehmen der Wohnungswirtschaft gefordert. Die Bereitschaft der Kommunen ist da, doch die Landesregierung steht in der Verantwortung, die finanziellen Rahmenbedingungen zu verbessern.

Hintergrund für die SPD-Initiative ist die Situation auf dem Zinsmarkt. Das Zinsniveau ist zurzeit so niedrig, dass Investitionen in Wohnraum allein durch die Erhöhung des Darlehensvolumens nicht schnell und effizient genug angestoßen werden können. Kommunen brauchen echte Zuschüsse, die nach unseren Vorstellungen als Tilgungszuschüsse bereitgestellt werden sollen. Dafür wollen wir jährlich 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen und verdoppeln damit die derzeit für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Mittel.

Langfristig sieht der schwarz-grüne Finanzplan leider einen dramatischen Rückgang bei der Förderung von Sozialwohnungen durch das Land vor. Von 97,3 Mio. € im Jahr 2018 auf 34 Mio. € im Jahr 2020 will Schwarz-Grün die Förderung auf ein gutes Drittel reduzieren. Nachdem sich in 19 Jahren CDU-Regierung der Bestand der öffentlich geförderten Wohnungen in Hessen bereits mehr als halbiert hat (von 180.000 auf 80.000), würde sich die Lage nach diesem Finanzplan weiter verschärfen. Nur ein Regierungswechsel wird das verhindern können.

## Rückmietung verkaufter Immobilien – Millionenkosten für die Steuerzahler

Im Jahr 2005 hatte die CDU-Alleinregierung unter Ministerpräsidenten Roland Koch 54 Immobilien des Landes an Fonds und wohlhabende Privatanleger verkauft und anschließend für bis zu 30 Jahre zurückgemietet. Die SPD hatte damals nachdrücklich -aber leider vergeblich- davor gewarnt, dass dieses Geschäft langfristig zu hohen Gewinnen für die Investoren und zu erheblichen Verlusten für das Land führen wird. Heute ist klar: Wir hatten Recht. Aber die Regierung Koch brauchte seinerzeit dringend Einnahmen, um den Landeshaushalt „aufzuhübschen“. Denn ohne das Geld aus dem Verkauf der Landesimmobilien hätte Hessen so viele neue Schulden machen müssen, dass der Haushalt verfassungswidrig gewesen wäre. Der Verkauf der landeseigenen Liegenschaften war ein ganz unseriöser Taschenspielertrick, für dessen Konsequenzen heute die Steuerzahler in Hessen geradestehen müssen.

Einem Verkaufserlös von 2,1 Mrd. € stehen inzwischen für dieselben Gebäude schon Mietausgaben von 1,3 Mrd. € gegenüber. Die Mietkosten liegen deutlich über 100 Mio. € im Jahr – mit steigender Tendenz, weil mit den neuen Eigentümern auch noch Staffelmieten vereinbart wurden. Hinzu kommen Sanierungskosten, die -geradezu unglaublich- das Land als Mieter zu tragen hat. So muss das alte Sozialministerium in Wiesbaden für mindestens 19 Millionen Euro auf Landeskosten saniert werden, obwohl auch dieses Gebäude einem privaten Investor gehört, der für die mittlerweile leerstehende Liegenschaft noch jahrelang rund 1,6 Mio. € Jahresmiete vom Land kassiert. Das Sozialministerium ist kürzlich in ein neues Gebäude umgezogen, für das – unabhängig von den v.g. Kosten – weitere 2,7 Mio. € Miete im Jahr gezahlt werden müssen. Der Finanzminister hat das Parlament und die Öffentlichkeit über die tat-

sächlichen Belastungen für das Land getäuscht. Dass der alte Bau grundsaniert werden muss, war 2005 klar. Wieso sich aber das Land darauf eingelassen hat, auch als Mieter die Sanierungskosten zu übernehmen, ist absolut unverständlich.

### **Hessen braucht eine Niederlassung der Autobahngesellschaft**

Sowohl die Beschäftigten von Hessen Mobil, als auch die Unternehmen der hessischen Wirtschaft kritisieren das bisherige Standortkonzept der neuen Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen und Bundesfernstraßen (IGA). Es ist nicht nachvollziehbar, dass die verkehrsreichen Bundesautobahnen, die durch Hessen führen, von den geplanten Behörden in Montabaur und Hannover aus verwaltet werden sollen. Das führt zu Bruchstellen, die vermieden werden müssen. Hessen hat als Transitland einen Großteil der Verkehrslasten zu ertragen, deshalb gehört eine der geplanten IGA-Niederlassungen nach Hessen! Bereits Anfang Mai hatte unser Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel Ministerpräsident Bouffier aufgefordert, sich für eine hessische IGA-Niederlassung einzusetzen. Bisher scheinen die Bemühungen von Bouffier aber ins Leere zu laufen. Gemeinsam mit der FDP fordern wir Bouffier und seinen Verkehrsminister deshalb erneut auf, die hessischen Interessen in Berlin wirkungsvoll zu vertreten und sich von Bundesverkehrsminister Scheuer nicht abspesen zu lassen.

### **Zukunftsfähige Gesundheitsversorgung auf dem Land**

Die Landesregierung muss wirksam verhindern, dass es in Hessen zu mangelhafter hausärztlicher Versorgung kommt. Gerade in den ländlich strukturierten Gebieten Nordhessens sind häufig sehr wenige Ärzte oder Praxen für einen ganzen Ort zuständig. Fällt hier auch nur ein Arzt aus oder geht „überraschend“ in den Ruhestand, sind sehr viele Menschen betroffen. Zur nächsten Praxis sind teilweise große Entfernungen zu überwinden – wenn Praxen in Nachbargemeinden überhaupt Kapazitäten für weitere Patienten haben. Es muss Vorsorge getroffen werden, damit ältere und wenig mobile Menschen nicht plötzlich ohne Hausarzt dastehen und Angst um ihre Gesundheit haben müssen. Nicht nachvollziehbar ist, dass die Kassenärztliche Vereinigung (KV) durch theoretische Berechnungen eine regionale Überversorgung feststellt, obwohl nachweislich mehrere Hunderte Menschen händeringend einen Hausarzt suchen.

Landesregierung und KV sind in der Pflicht, die Ansiedlung von Ärzten vorausschauend zu planen und jungen Ärzten Anreize für Praxisgründungen oder –übernahmen in ländlich strukturierten Regionen zu geben. Wir wollen, dass die schwarzgrüne Landesregierung Verantwortung übernimmt und sich nicht immer wieder auf die Eigenverantwortung der Kreise, Städte und Gemeinden herausredet. Für uns ist die Gesundheitsversorgung öffentliche Daseinsvorsorge in der Verantwortung des Landes. In Zeiten des Apotheken- und Kliniksterbens, sowie des immer weiter wachsenden Ärzte- und Pflegekräftemangels braucht es innovative Konzepte und einen Masterplan. Wir benötigen eine bedarfsorientierte Krankenhausplanung mit Anbindung Medizinischer Versorgungszentren und keine plumpe Forderung nach „Bettenabbau“. Die Zulassungsbeschränkungen für Medizinstudenten hätten schon längst geändert werden müssen, und Stipendien für junge Ärzte auf dem Land laufen viel zu schleppend an.

### **Schwarz-grüner Finanzplan ohne Gestaltungswillen**

Auf Antrag der schwarz-grünen Landesregierung hat der Hessische Landtag den Finanzplan für die Jahre 2018 bis 2022 debattiert. Dabei wurde deutlich, dass in 19-jähriger Regierungsverantwortung der CDU die höchsten Schulden aller Zeiten gemacht wurden: 1998 betrug der Schuldenstand 23,7 Mrd. € - derzeit sind es rund 46,3 Mrd. €. Insgesamt 52 Jahre regierte die SPD in Hessen, die CDU brauchte nur 19 Haushaltsjahre, um die Schulden zu verdoppeln. Nun will sie sich dafür rühmen, dass sie 400 Mio. € abgebaut hat. Auch das Versprechen des Finanzplans, ab 2020 jährlich 200 Mio. € der Schulden abzubauen, ist nicht gerade anspruchsvoll. In den 19 Jahren CDU-Regierung sind die Ausgaben geradezu explodiert: Sie stiegen von 15,4 Mrd. € im Jahr 1999 auf 26,2 Mrd. € im Jahr 2018 an. Und im Finanzplan ist ein weiterer Anstieg der Ausgaben um weitere 3,4 Mrd. € von 2018 auf 2022 vorgesehen. Trotzdem sinkt die Investitionsquote von 8,7 auf 8,1 Prozent, die Mittel für den Landesstraßenbau bleiben auf jämmerlichem Niveau und sollen sogar um 6 Mio. € reduziert werden.

**Eine Information der SPD-Nordhessenrunde**

**Wir wünschen allen eine schöne Sommerzeit!**